STELLUNGNAHME
NRW-HAUSHALTSGESETZENTWURF 2027

SchaLL LEHRER:INNENVERBAND
GERECHTIGKEIT FÜR ALLE LEHRKRÄFTE

Landtag Nordrhein-Westfalen
Haushalts- und Finanzausschuss
Unterausschuss Personal
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Per E-Mail: anhoerung@landtag.nrw.de

Essen, 20. Oktober 2026
Ansprechpartner: Stefan Nierfeld, Vorsitzender
Telefon 0201 757621
stefan.nierfeld@schall-nrw.de

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2027 (HHG 2027), Drucksache 18/21000 – Einzelplan 05, Schule und Bildung

Ein Kollegium, zwei Klassen – und ein Haushalt, der wegschaut

Auf einen Blick – für Abgeordnete und Redaktionen

- **Bildungsschwerpunkt? Nur auf dem Papier.** Der Gesamthaushalt wächst 2027 um 2,87 %, der Schuletat nur um 0,52 %. Der Anteil von Schule und Bildung am Landeshaushalt sinkt von 22,9 % auf 22,4 %.
- **385 Millionen jährlich für die einen, „kein Spielraum“ für die anderen.** „A 13 für alle“ kostete bis 2026 rund 900 Mio. Euro – ab 2027 sind es dauerhaft rund 385 Mio. Euro pro Jahr. Für die bis zu 50.000 Tarifbeschäftigten: „kein Spielraum“.
- **500 bis 1.000 Euro netto weniger – und mehr. Jeden Monat, ein Leben lang.** Gleiche Arbeit, gleiche Klasse – aber mindestens 275.000 Euro netto weniger Lebenseinkommen (Gutachten Dr. Popp, 2018). Die FAZ kommt sogar auf rund 529.000 Euro.
- **PISA 2025: so schlecht wie nie.** Am 8. September 2026 veröffentlichte die OECD die schwächsten deutschen PISA-Werte aller Zeiten – am selben Tag datiert der Haushaltsentwurf mit einem Schul-Plus von einem halben Prozent.
- **Ein Jahr nach unserer Stellungnahme 2025: keine Kernforderung umgesetzt.** EG 15, Familienzuschlag, Back-Office, Bildungsinvestitionen – im Gesetzentwurf 2027 ist davon nichts zu finden.

STELLUNGNAHME
NRW-HAUSHALTSGESETZENTWURF 2027

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Abgeordnete des Landtags,
sehr geehrte Damen und Herren,

SchaLL.NRW vertritt als unabhängiger Lehrer:innenverband die Interessen der Kolleg:innen aller Schulformen – mit besonderem Augenmerk auf die bis zu 50.000 angestellten Lehrkräfte in Nordrhein-Westfalen. Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und nutzen sie für eine unbequeme, aber notwendige Bilanz: Die Landesregierung spricht vom „Bildungsschwerpunkt“. Die Zahlen des Entwurfs sprechen eine andere Sprache. Und für ein Fünftel aller Lehrkräfte im Land spricht dieser Haushalt überhaupt nicht.

1. Der „Bildungsschwerpunkt“ im Faktencheck

Der Entwurf stellt den Landeshaushalt 2027 auf **115.546.683.600 Euro** fest (§ 1 HHG 2027). Für den Einzelplan 05 – Ministerium für Schule und Bildung – sind Ausgaben von **25,83 Mrd. Euro** veranschlagt, nach 25,69 Mrd. Euro im Jahr 2026 (Haushaltsübersicht, Drucksache 18/21000, S. 30[1]). Das klingt gewaltig. Entscheidend ist aber der Vergleich:

Ausgaben in Mio. Euro	2026	2027	+/–
Landeshaushalt gesamt	112.322,2	115.546,7	+ 2,87 %
EP 06 Kultur und Wissenschaft	11.250,1	11.773,8	+ 4,65 %
EP 07 Kinder, Jugend, Familie	9.830,2	10.276,9	+ 4,54 %
EP 05 Schule und Bildung	**25.694,1**	**25.827,2**	**+ 0,52 %**
Anteil Schule am Haushalt	22,9 %	22,4 %	– 0,5 Pkt.

Quelle: Drucksache 18/21000, Haushaltsübersicht (S. 30); Prozentwerte: eigene Berechnung SchaLL.NRW.

Der Schuletat wächst um gerade einmal **133 Mio. Euro – ein halbes Prozent.** Hätte Schule auch nur im Gleichschritt mit dem Gesamthaushalt wachsen dürfen, stünden rund **605 Mio. Euro mehr** zur Verfügung. Bei jeder realistischen Teuerungsrate bedeutet ein Plus von 0,5 % real ein Minus. Zum Vergleich: Für 2025 stieg der Schuletat noch von rund 22,4 auf 24,5 Mrd. Euro, wie SchaLL.NRW in seiner damaligen Stellungnahme 18/1885[2] festgehalten hat. **Aus dem Aufwuchs ist ein Stillstand geworden.**

[1] Landesregierung NRW: Entwurf HHG 2027, Drucksache 18/21000 vom 08.09.2026: https://www.landtag.nrw.de/home/dokumente/dokumentensuche/parlamentsdokumente.html

[2] SchaLL.NRW: Stellungnahme 18/1885 zum Haushalt 2025 vom 16.10.2024: https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMST18-1885.pdf

Gleichzeitig verordnet der Entwurf **Einsparungen in allen Ressorts von insgesamt 1,45 Mrd. Euro** und schöpft die Verschuldungsmöglichkeiten vollständig aus (Begründung, I. Allgemeiner Teil). Welcher Anteil dieser Kürzungen die Schulen trifft, verschweigt die Begründung. Wer einen Schwerpunkt behauptet, muss ihn auch beziffern. Wir fordern den Ausschuss auf, diese Zahl einzufordern.

2. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – der Verfassungsauftrag, den NRW ignoriert

> „Für gleiche Tätigkeit und gleiche Leistung besteht ein Anspruch auf gleichen Lohn (…)."
> Art. 24 Abs. 2 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen

Dieser Satz steht seit Jahrzehnten in unserer Landesverfassung – und doch gilt er auch im 80. Jahr des Landes Nordrhein-Westfalen in den Lehrerzimmern bis heute nicht. **21,7 % der Lehrkräfte in NRW** sind Tarifbeschäftigte mit TV-L-Vertrag (Statistik.NRW, Schuljahr 2025/26[3]). Sie unterrichten dieselben Klassen, bewältigen dieselben Korrekturstapel, führen dieselben Elterngespräche. Das heißt: Sie üben vor allem die gleiche Tätigkeit im Sinne von Art. 24 Abs. 2 der Landesverfassung aus – ob mit Lehramtsstudium und Referendariat oder als Seiteneinsteiger:in. Der Einwand, hier würden Äpfel mit Birnen verglichen, geht an der Realität vorbei: Es geht um Äpfel und Äpfel – die nur sehr unterschiedlich bezahlt werden.

Was die Ungleichbehandlung die Angestellten kostet

- **500 bis 1.000 Euro netto weniger im Monat – teils sogar mehr –** bei gleicher Tätigkeit, je nach Familienstand und Erfahrungsstufe; im Erwerbsleben wie im Ruhestand (MDR, 29.08.2026[4]).
- **Mindestens 275.000 Euro netto weniger** über Erwerbsleben und Ruhestand, so das von SchaLL.NRW beauftragte wissenschaftliche Gutachten von Dr. Michael Popp (2017/2018) – ohne Familienzuschlag und ohne Beförderung (SchaLL.NRW[5]).
- Die FAZ geht mittlerweile von **rund 529.000 Euro mehr** aus, die ein Beamter über das gesamte Leben gerechnet verdient als ein vergleichbarer Angestellter – so die Modellrechnung des Finanzanalytikers Volker Looman vom 19.12.2023[6].

[3] Statistik.NRW: Schulen in Nordrhein-Westfalen, Schuljahr 2025/26: https://statistik.nrw/schulen-nordrhein-westfalen

[4] MDR: Frage nach mehr Geld: Teil der Lehrer bleibt wieder außen vor, 29.08.2026: https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/urteil-besoldung-beamte,verdienst-100.html

[5] SchaLL.NRW: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit (Gutachten Dr. Michael Popp, 2017/2018): https://www.schall-nrw.de/unsere-themen/gleicher-lohn-fuer-gleiche-arbeit

- **Ein größerer zweistelliger Milliardenbetrag** ist nach Berechnung von SchaLL.NRW der aufsummierte Nettolohnunterschied der bis zu 50.000 angestellten Lehrkräfte über 30 Jahre – ein stilles Sonderopfer, über das in keiner Tarifrunde gesprochen wird.

385 Millionen jährlich für die einen – „kein Spielraum“ für die anderen

Mit „A 13 für alle“ hat die Landesregierung seit dem 1. August 2026 eine Gerechtigkeitslücke unter den verbeamteten Lehrkräften geschlossen. Das begrüßen wir ausdrücklich. Bis 2026 hat das Land dafür rund 900 Millionen Euro aufgewendet, ab 2027 sind es laut Gesetzentwurf **dauerhaft rund 385 Millionen Euro – jedes Jahr** (Drucksache 18/2277, S. 3). Das Ministerium betont gegenüber der WAZ:

> „In Zeiten knapper Kassen setzt die Landesregierung einen finanziellen Schwerpunkt bei der Bildung. Während andere den Gürtel enger schnallen müssen, unterstützt die Landesregierung die Schulen, Lehrkräfte und Schulleitungen mit enormen finanziellen Beiträgen.“
>
> NRW-Schulministerium, zitiert nach Matthias Korfmann, WAZ, 01.09.2026[7]

Und die angestellten Lehrkräfte? Auf die Frage nach ihrer Gleichstellung versichert dasselbe Ministerium laut WAZ, es könne die Enttäuschung gut nachvollziehen – das Land habe aber **„keinen Spielraum, um dies zu ändern“**.

Übersetzt heißt das: Für die Beamtenschaft ist Geld da, für die Tarifbeschäftigten ist der Gürtel enger zu schnallen. Genau die „anderen“, von denen das Ministerium spricht, sitzen im selben Lehrerzimmer. Mehr noch: Zahlreiche Tarifbeschäftigte verlieren bei der Höhergruppierung sogar bereits erworbene Erfahrungsstufen und Erfahrungszeiten – „während verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer von der Besoldungsreform ohne Nachteile profitieren, müssen tarifbeschäftigte Lehrkräfte erhebliche finanzielle Einbußen hinnehmen“, so die GEW-Landesvorsitzende Ayla Celik (WAZ[8]). Betroffen sind ausgerechnet die Seiteneinsteiger:innen, mit denen das Land den Lehrkräftemangel bekämpft.

„Kein Spielraum“ ist nicht gottgegeben, sondern eine politische Entscheidung. Spielräume sind menschengemacht. Das Land hat bei „A 13 für alle“ bewiesen, dass es gesetzgeberisch handeln kann, wenn es will. Ein Einkommensanpassungsgesetz für die Tarifbeschäftigten – analog zum Besoldungsanpassungsgesetz – ist genauso möglich,

[6] Volker Looman: Modellrechnung Beamte vs. Angestellte, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.12.2023; berichtet u. a. von der Augsburger Allgemeinen: https://www.augsburger-allgemeine.de/kultur/gesellschaft/debatte-um-die-privilegien-der-beamten-es-gibt-ueberall-bessergestellte-immer-auf-uns-herumzuhacken-das-bringt-doch-nichts-2-114390454

[7] Matthias Korfmann: Beamte in Aufruhr: Wie gerecht ist „A13 für alle“ für Lehrer in NRW?, WAZ, 01.09.2026: https://www.waz.de/politik/article413027902/beamte-in-aufruhr-wie-gerecht-ist-a13-fuer-alle-fuer-lehrer-in-nrw.html

[8] Matthias Korfmann: Beamte in Aufruhr: Wie gerecht ist „A13 für alle“ für Lehrer in NRW?, WAZ, 01.09.2026 (a. a. O.).

zumindest als Landeszulage, die den Netto-Abstand schließt. Und das Problem verschärft sich: Nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zur Berliner Besoldung (BVerfG, Pressemitteilung 105/2025[9]) dürfte die Beamtenbesoldung bundesweit weiter steigen; für angestellte Lehrkräfte droht die Kluft damit noch größer zu werden (MDR[10]).

Der Haushaltsentwurf selbst schweigt dazu vollständig. § 6 Abs. 1 HHG 2027 regelt Stellenhebungen in und aus A 13 – für die Tarifbeschäftigten enthält der Gesetzentwurf keine einzige Zeile.

Unsere Forderungen

- Ein **Einkommensanpassungsgesetz zur Netto-Einkommensgleichstellung** angestellter Lehrkräfte – analog zum Besoldungsanpassungsgesetz und orientiert am Gesetz zur Anpassung der Lehrkräftebesoldung: **EG 15 / A 13** – erst ein Brutto-Entgelt nach EG 15 entspricht netto der Besoldung A 13 (SchaLL.NRW[11]).
- Einen **eigenen, transparent ausgewiesenen Haushaltstitel im Einzelplan 05** für die Gleichstellung – statt Schweigen im Gesetzentwurf.
- Das **Aussetzen der 1:1-Übertragung** von Tarifergebnissen auf die Besoldung, bis die Netto-Lücke geschlossen ist. Geld kann man nur einmal ausgeben – es gehört zuerst zu denen, die am weitesten zurückliegen (SchaLL.NRW, TV-L 2026[12]).
- **Stufengleiche Höhergruppierung:** Sofortige Heilung der Stufenverluste tarifbeschäftigter Seiteneinsteiger:innen – erworbene Erfahrungsstufen und Erfahrungszeiten müssen bei der Höhergruppierung erhalten bleiben.

3. Bildungskatastrophe 2.0 – PISA 2025 als letzter Weckruf

Am **8. September 2026** veröffentlichte die OECD die Ergebnisse von PISA 2025. Die Bilanz ist verheerend: Die Ergebnisse sind „in allen drei Erhebungsbereichen die niedrigsten, die jemals im Rahmen von PISA in Deutschland gemessen wurden“ (OECD, Ländernotiz Deutschland[13]). In Mathematik erreichen deutsche 15-Jährige nur

[9] Bundesverfassungsgericht: Pressemitteilung Nr. 105/2025 vom 19.11.2025: https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2025/bvg25-105.html

[10] MDR: Frage nach mehr Geld: Teil der Lehrer bleibt wieder außen vor, 29.08.2026 (a. a. O.).

[11] SchaLL.NRW: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit (a. a. O.).

[12] SchaLL.NRW: TV-L Einkommensrunde 2026: https://www.schall-nrw.de/unsere-themen/tv-l-einkommensrunde-2023

[13] OECD: PISA 2025 Ergebnisse (Band I), Ländernotiz Deutschland, 08.09.2026: https://www.oecd.org/content/dam/oecd/de/publications/reports/2026/09/pisa-2025-results-volume-i-country-notes_88d1164e/germany_20677961/8a1ce578-de.pdf

noch 464 Punkte, in Naturwissenschaften 486 (SWK der KMK[14]). Rund ein Drittel verfehlt im Lesen und in Mathematik grundlegende Kompetenzen (DW[15]). Seit 2015 ist der Anteil der Leistungsschwachen in Mathematik um 17, im Lesen um 15 und in Naturwissenschaften um 10 Prozentpunkte gestiegen (OECD[16]).

Besonders bitter: Von 100 sozial benachteiligten Jugendlichen gehören nur 2 zur Leistungsspitze, von 100 privilegierten sind es 25 (DW[17]). Das Ruhrgebiet mit seinen vielen Brennpunktschulen weiß, was das heißt.

Und was tut die Landesregierung am selben Tag? Der Gesetzentwurf zum Haushalt 2027 trägt das Datum des 8. September 2026 – mit einem Schul-Plus von 0,52 %. PISA liefert keine eigenen NRW-Werte. Aber NRW liegt bei den Bildungsausgaben pro Schüler:in auf **Platz 15 von 16** Ländern, rund **8.000 Lehrkräftestellen** sind unbesetzt (SchaLL.NRW, Bildungskatastrophe[18]). Wer bei dieser Ausgangslage den Schuletat einfriert, verwaltet den Niedergang.

Die §§ 32 bis 34 HHG 2027 schaffen den Rahmen für den „Nordrhein-Westfalen-Plan für gute Infrastruktur“. Ein zweckgebundenes Investitionsprogramm für Schulen ist im Gesetzentwurf nicht beziffert.

Unsere Forderungen

- Ein **Sondervermögen Bildung von mindestens 25 Mrd. Euro** für Sanierung, Neubau, Digitalisierung und Personal – über Legislaturperioden hinweg und unabhängig von der Finanzkraft der Schulträger (SchaLL.NRW[19]).
- Einen **Nachtragshaushalt Bildung**, falls der Entwurf 2027 nicht nachgebessert wird.
- Eine **Qualifizierungsoffensive für Quer- und Seiteneinsteiger:innen** – mit fairer Bezahlung statt Stufenverlust. Wer Seiteneinsteiger:innen braucht, darf sie nicht bestrafen.

[14] Ständige Wissenschaftliche Kommission der KMK: PISA-Studie 2025: https://swk-bildung.org/aktuelles/pisa-studie-2025/

[15] Deutsche Welle: PISA-Studie 2026: Deutschlands Schüler so schlecht wie nie, 08.09.2026: https://www.dw.com/de/pisa-studie-2026-deutschland-ranking-ergebnisse-test-oecd-karin-prien/a-79157256

[16] OECD: PISA 2025 Ergebnisse (Band I), Ländernotiz Deutschland, 08.09.2026 (a. a. O.).

[17] Deutsche Welle: PISA-Studie 2026: Deutschlands Schüler so schlecht wie nie, 08.09.2026 (a. a. O.).

[18] SchaLL.NRW: Bildungskatastrophe 2.0 bewältigen!: https://www.schall-nrw.de/unsere-themen/bildungskatastrophe

[19] SchaLL.NRW: Bildungskatastrophe 2.0 bewältigen! (a. a. O.).

4. Arbeitsplatz Schule – Überlastung als Geschäftsmodell

Lehrkräfte arbeiten im Schnitt **50 Zeitstunden pro Unterrichtswoche** – das sind **9 Stunden mehr pro Unterrichtswoche**, die weder erfasst noch bezahlt werden. Das zeigt die Expertise von Mark Rackles im Auftrag der Deutschen Telekom Stiftung aus dem Jahr 2023 (SchaLL.NRW, Arbeitsplatz Schule[20]). Nur ein Drittel der Arbeitszeit ist Unterricht. Kein Wunder, dass **43 % der Lehrkräfte in NRW in Teilzeit** arbeiten – viele, weil sie in Teilzeit schon Vollzeit leisten.

Dabei ist die Rechtslage eindeutig: Nach EuGH (C-55/19) und Bundesarbeitsgericht (1 ABR 22/21) ist der Arbeitgeber verpflichtet, die Arbeitszeit zu erfassen. Das Land NRW ignoriert diese Pflicht an seinen Schulen bis heute.

Der Haushaltsentwurf weist keine zusätzlichen Assistenz- oder Verwaltungsstellen an Schulen aus. Die in § 6 Abs. 10 HHG 2027 genannten 80 Stellen im Geschäftsbereich des Schulministeriums betreffen die Einstellungsverpflichtung für schwerbehinderte Menschen – keine Entlastung der Kollegien.

Für die Tarifbeschäftigten ist die Lage doppelt absurd: **Sie leisten dieselben unbezahlten Überstunden – nur für weniger Geld.** Jede Mehrarbeitsstunde einer angestellten Lehrkraft ist eine Subvention an den Landeshaushalt.

Unsere Forderungen

- Eine **Back-Office-Struktur für jede Schule:** 30.000 Lehrkräfte-Assistent:innen und rund 2.000 IT-Fachkräfte für die rund 5.500 Schulen in NRW, dazu mehr Schulsozialarbeit und Schulpsychologie (Stellungnahme 18/2999[21]).
- **Verbindliche Arbeitszeiterfassung** an allen Schulen – und Bezahlung der Mehrarbeit.
- **Reduktion statt Erhöhung der Deputatstunden;** keine Zwangsmaßnahmen gegen Teilzeit, sondern ein überzeugendes Angebot für mehr Vollzeit.

[20] SchaLL.NRW: Arbeitsplatz Schule attraktiv machen!: https://www.schall-nrw.de/unsere-themen/arbeitsplatz-schule

[21] SchaLL.NRW: Stellungnahme 18/2999 zum Haushalt 2026 vom 20.10.2025: https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMST18-2999.pdf

5. Rente – die Ungerechtigkeit endet nicht mit der letzten Stunde

Wer als angestellte Lehrkraft in den Ruhestand geht, nimmt die Ungleichbehandlung mit. Die Netto-Altersversorgung aus gesetzlicher Rente und VBL-Zusatzrente liegt **500 bis 1.000 Euro im Monat** unter der Pension einer vergleichbaren verbeamteten Lehrkraft (SchaLL.NRW, Info-Flyer Rente[22]). Der Sozialverband VdK kommt für einen angestellten Lehrer nach 42 Dienstjahren auf 1.731 Euro gesetzliche Rente plus 580 Euro Zusatzversorgung netto – gegenüber 3.214 Euro Nettopension beim verbeamteten Kollegen (News4teachers, 01.09.2025[23]). Das ist eine Lücke von rund 900 Euro – jeden Monat.

Und die Schere öffnet sich weiter: Die VBL-Zusatzrente steigt laut § 11 Tarifvertrag Altersversorgung nur um **1 % jährlich**. Bei einer Inflation von 15,9 % in den Jahren 2021 bis 2023 hat sie real rund 13 % an Wert verloren. Pensionär:innen erhielten aus der 1:1-Übertragung der Tarifeinigung 2023 bis zu 71,75 % der Inflationsausgleichsprämie – VBL-Rentner:innen gingen leer aus (SchaLL.NRW, Rente[24]).

Der Haushaltsentwurf enthält mit § 21 Abs. 3 lediglich eine Haftungsregelung für VBL-Gegenwerte zahlungsunfähiger Ersatzschulträger. Für die Alterssicherung der eigenen angestellten Lehrkräfte: nichts. Dabei hat die Rentenkommission im Juni 2026 ihre 33 Empfehlungen vorgelegt (BMAS[25]) – die Debatte über ein gerechtes Alterssicherungssystem ist in vollem Gange.

> „Das durchschnittliche Ruhegehalt lag nach den Daten des Statistischen Bundesamtes Anfang 2025 bei 3416 Euro brutto. Dafür hätte ein Durchschnittsrentner in der gesetzlichen Rente zur gleichen Zeit 87 Jahre eingezahlt haben müssen.“
>
> Hermann-Josef Tenhagen, DER SPIEGEL, 27.06.2026

Unsere Forderungen

- **Netto-Gleichstellung auch im Ruhestand:** Ausgleich der Versorgungslücke angestellter Lehrkräfte.

---

[22] SchaLL.NRW: Info-Flyer „Sichere und gerechte Renten“: https://www.schall-nrw.de/fileadmin/user_upload/dokumente/Flyer/SLV_24_InfoFlyer_Rente.pdf

[23] News4teachers: Debatte um Beamtenstatus für Lehrkräfte, 01.09.2025: https://www.news4teachers.de/2025/09/debatte-um-beamtenstatus-fuer-lehrkraefte-warum-bekommen-angestellte-kollegen-so-viel-275-000-euro-weniger/

[24] SchaLL.NRW: Rente: https://www.schall-nrw.de/unsere-themen/rente

[25] BMAS: Rentenkommission 2026 – 33 Empfehlungen: https://www.bmas.de/DE/Soziales/Rente-und-Altersvorsorge/Rentenreform-2025/Rentenkommission-2026/rentenkommission-2026.html

- **Eine Rentenkasse für alle:** Auch Beamt:innen sollen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen – vergleiche Österreich und die Schweiz. Gleiche Pflichten, gleiche Rechte (SchaLL.NRW, Politik & Dialog[26]).
- Eine **Dynamisierung der VBL-Rente**, die mindestens den Kaufkraftverlust ausgleicht.

6. Familienzuschlag – sind manche Kinder weniger wert?

2006 wurde der Familienzuschlag (früher Ortszuschlag) für alle Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst abgeschafft. Für Beamt:innen blieb er erhalten und wurde 2022 nahezu verdoppelt (Stellungnahme 18/2999[27]). Die Folgen nach Berechnungen von SchaLL.NRW[28]:

- Berufseinsteiger:in, verheiratet, drei Kinder, Köln oder Düsseldorf: **26.490 Euro netto Unterschied im Jahr.**
- Über 31 Jahre summiert sich der Abstand auf **fast 550.000 Euro netto.**
- Eine verbeamtete Lehrkraft mit drei Kindern erreicht mit einer **Teilzeit von 55 bis 59 %** dasselbe Netto wie die angestellte Kollegin in Vollzeit.

Die Frage bleibt, und wir stellen sie diesem Ausschuss erneut: **Sind die Kinder der Tarifbeschäftigten weniger wert als die Kinder der Beamt:innen?** Das Land beruft sich gern auf den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ – und zahlt für dieselben Kinder doch unterschiedlich viel. Wir fordern deshalb die **Abschaffung des Familienzuschlags:** Das Geld soll transparent und nachvollziehbar in das Grundgehalt aller Lehrkräfte fließen.

7. Ein Jahr danach: Was aus unseren Forderungen 2025 wurde

Am 20. Oktober 2025 hat SchaLL.NRW zum Haushalt 2026 Stellung genommen (Stellungnahme 18/2999[29]). Die Bilanz zum Entwurf 2027 fällt ernüchternd aus:

Forderung SchaLL.NRW 2025	Stand im Gesetzentwurf HHG 2027
Ergänzungsgesetz zur Netto-Gleichstellung, EG 15 / A 13 (jetzt: Einkommensanpassungsgesetz)	Nicht enthalten. Das Ministerium sieht laut WAZ „keinen Spielraum“.

[26] SchaLL.NRW: Politik & Dialog: https://www.schall-nrw.de/termine-aktionen/politik-dialog

[27] SchaLL.NRW: Stellungnahme 18/2999 zum Haushalt 2026 vom 20.10.2025 (a. a. O.).

[28] SchaLL.NRW: Familienzuschlag für Tarifbeschäftigte!: https://www.schall-nrw.de/unsere-themen/familienzuschlag

[29] SchaLL.NRW: Stellungnahme 18/2999 zum Haushalt 2026 vom 20.10.2025 (a. a. O.).

Forderung SchaLL.NRW 2025	Stand im Gesetzentwurf HHG 2027
Familienzuschlag für Angestellte	Nicht enthalten.
Back-Office: 30.000 Assistenzen, rund 2.000 IT-Fachkräfte	Keine zusätzlichen Schulassistenzstellen ausgewiesen.
Mindestens 25 Mrd. Euro zusätzlich für Bildung, Nachtragshaushalt	Kein Sondervermögen Bildung beziffert; Schuletat + 0,52 %.
Ende der Zwei-Klassen-Gesellschaft im Lehrerzimmer	Die Kluft wächst – durch Stufenverluste und steigende Besoldung.

Unsere Fragen aus dem Vorjahr sind deshalb unverändert aktuell – und sie stehen über unseren Forderungen.

8. Quo usque tandem – wie lange noch?

Wie lange wollen Landesregierung und Landtag sich dem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ noch verweigern? Und wie lange soll NRW bei den Bildungsausgaben auf dem vorletzten Platz der Länder bleiben?

Unsere Forderungen an den Unterausschuss Personal

SchaLL.NRW fordert den Unterausschuss Personal und den Haushalts- und Finanzausschuss auf,

1. **die Netto-Einkommensgleichstellung** der bis zu 50.000 tarifbeschäftigten Lehrkräfte mit einem Einkommensanpassungsgesetz auf den Weg zu bringen – EG 15 / A 13 – und dafür einen eigenen Titel im Einzelplan 05 vorzusehen;
2. **die 1:1-Übertragung** von Tarifergebnissen auf die Besoldung auszusetzen, bis die Netto-Lücke geschlossen ist;
3. **die Stufenverluste** tarifbeschäftigter Seiteneinsteiger:innen sofort zu beheben und eine stufengleiche Höhergruppierung sicherzustellen;
4. **den Familienzuschlag abzuschaffen** und die Mittel transparent und nachvollziehbar in das Grundgehalt aller Lehrkräfte zu überführen;
5. **den Schuletat mindestens im Gleichschritt mit dem Gesamthaushalt** wachsen zu lassen und offenzulegen, welcher Teil der Einsparungen von 1,45 Mrd. Euro die Schulen trifft;

6. **ein Sondervermögen Bildung** von mindestens 25 Mrd. Euro und eine Back-Office-Struktur mit 30.000 Assistenzen und rund 2.000 IT-Fachkräften auf den Weg zu bringen;
7. **Arbeitszeiterfassung** an Schulen einzuführen und Mehrarbeit zu vergüten;
8. **die Versorgungslücke** angestellter Lehrkräfte im Ruhestand zu schließen, die VBL-Rente zu dynamisieren und sich für eine Rentenversicherung einzusetzen, in die alle einzahlen.

Schlusswort

Wie lange will sich die Landesregierung der Wertschätzung für unsere bis zu 50.000 tarifbeschäftigten Lehrkräfte noch entziehen?

Die Landesregierung lobte „A 13 für alle“ als „deutliches Zeichen der Wertschätzung für den Beruf der Lehrer:innen“ (Drucksache 18/2277, S. 75). Schulministerin Dorothee Feller legt beim zweiten Besoldungspaket nach: „Wertschätzung für unsere Schulleitungen und Lehrkräfte zeigt sich auch in ihrer Bezahlung.“ Für die bessere Bezahlung von Schulleitungen plant das Land 2027 vier Millionen Euro ein, ab 2028 zehn Millionen Euro im Jahr (WDR[30]). Für die tarifbeschäftigten Lehrkräfte dagegen: „kein Spielraum“.

Wertschätzung, die an der Statusgrenze endet, ist keine Wertschätzung – sie ist Statuspolitik. Ein Land, das sich Gerechtigkeit nur für einen Teil seiner Lehrkräfte leistet, sollte nicht von einem Bildungsschwerpunkt sprechen.

Ministerpräsident Hendrik Wüst sagt: „Gute Arbeit muss gut bezahlt werden“ (SchaLL.NRW, Pressemitteilungen[31]). Wir nehmen ihn beim Wort – für alle Lehrkräfte. **Ein Job. Ein Kollegium. Ein Maßstab.**

> „Nur eines ist teurer als Bildung: keine Bildung.“
> John F. Kennedy

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Nierfeld
Vorsitzender SchaLL.NRW e. V.

[30] WDR: Mehr Geld für Lehrer: Viele Grundschulleitungen gehen leer aus, 2026: https://www1.wdr.de/politik/politik-in-nrw/grundschullehrer-schulleitung-ungleich-gehalt-100.html
[31] SchaLL.NRW: Pressemitteilungen / Stellungnahmen: https://www.schall-nrw.de/medien-downloads/pressemitteilungen

Quellenverzeichnis

1. Landesregierung NRW: Entwurf HHG 2027, Drucksache 18/21000 vom 08.09.2026
https://www.landtag.nrw.de/home/dokumente/dokumentensuche/parlamentsdokumente.html
2. SchaLL.NRW: Stellungnahme 18/2999 zum Haushalt 2026 vom 20.10.2025
https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMST18-2999.pdf
3. SchaLL.NRW: Stellungnahme 18/1885 zum Haushalt 2025 vom 16.10.2024
https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMST18-1885.pdf
4. Matthias Korfmann: Beamte in Aufruhr: Wie gerecht ist „A13 für alle“ für Lehrer in NRW?, WAZ, 01.09.2026
https://www.waz.de/politik/article413027902/beamte-in-aufruhr-wie-gerecht-ist-a13-fuer-alle-fuer-lehrer-in-nrw.html
5. SchaLL.NRW: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
https://www.schall-nrw.de/unsere-themen/gleicher-lohn-fuer-gleiche-arbeit
6. SchaLL.NRW: TV-L Einkommensrunde 2026
https://www.schall-nrw.de/unsere-themen/tv-l-einkommensrunde-2023
7. SchaLL.NRW: Bildungskatastrophe 2.0 bewältigen!
https://www.schall-nrw.de/unsere-themen/bildungskatastrophe
8. SchaLL.NRW: Arbeitsplatz Schule attraktiv machen!
https://www.schall-nrw.de/unsere-themen/arbeitsplatz-schule
9. SchaLL.NRW: Rente
https://www.schall-nrw.de/unsere-themen/rente
10. SchaLL.NRW: Info-Flyer „Sichere und gerechte Renten“
https://www.schall-nrw.de/fileadmin/user_upload/dokumente/Flyer/SLV_24_InfoFlyer_Rente.pdf
11. SchaLL.NRW: Familienzuschlag für Tarifbeschäftigte!
https://www.schall-nrw.de/unsere-themen/familienzuschlag
12. SchaLL.NRW: Politik & Dialog
https://www.schall-nrw.de/termine-aktionen/politik-dialog
13. SchaLL.NRW: Pressemitteilungen / Stellungnahmen
https://www.schall-nrw.de/medien-downloads/pressemitteilungen
14. Statistik.NRW: Schulen in Nordrhein-Westfalen, Schuljahr 2025/26
https://statistik.nrw/schulen-nordrhein-westfalen
15. OECD: PISA 2025 Ergebnisse (Band I), Ländernotiz Deutschland, 08.09.2026
https://www.oecd.org/content/dam/oecd/de/publications/reports/2026/09/pisa-2025-results-volume-i-country-notes_88d1164e/germany_20677961/8a1ce578-de.pdf
16. Ständige Wissenschaftliche Kommission der KMK: PISA-Studie 2025
https://swk-bildung.org/aktuelles/pisa-studie-2025/
17. Deutsche Welle: PISA-Studie 2026: Deutschlands Schüler so schlecht wie nie, 08.09.2026
https://www.dw.com/de/pisa-studie-2026-deutschland-ranking-ergebnisse-test-oecd-karin-prien/a-79157256
18. MDR: Frage nach mehr Geld: Teil der Lehrer bleibt wieder außen vor, 29.08.2026
https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/urteil-besoldung-beamte,verdienst-100.html
19. Bundesverfassungsgericht: Pressemitteilung Nr. 105/2025 vom 19.11.2025
https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2025/bvg25-105.html
20. News4teachers: Debatte um Beamtenstatus für Lehrkräfte, 01.09.2025
https://www.news4teachers.de/2025/09/debatte-um-beamtenstatus-fuer-lehrkraefte-warum-bekommen-angestellte-kollegen-so-viel-275-000-euro-weniger/
21. BMAS: Rentenkommission 2026 – 33 Empfehlungen
https://www.bmas.de/DE/Soziales/Rente-und-Altersvorsorge/Rentenreform-2025/Rentenkommission-2026/rentenkommission-2026.html
22. Volker Looman: Modellrechnung Beamte vs. Angestellte, FAZ, 19.12.2023 (zitiert nach Augsburger Allgemeine)
https://www.augsburger-allgemeine.de/kultur/gesellschaft/debatte-um-die-privilegien-der-beamten-es-gibt-ueberall-bessergestellte-immer-auf-uns-herumzuhacken-das-bringt-doch-nichts-2-114390454
23. WDR: Mehr Geld für Lehrer: Viele Grundschulleitungen gehen leer aus, 2026
https://www1.wdr.de/politik/politik-in-nrw/grundschullehrer-schulleitung-ungleich-gehalt-100.html
24. Landesregierung NRW: Gesetzentwurf zur Anpassung der Lehrkräftebesoldung, Drucksache 18/2277 vom 21.12.2022
https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD18-2277.pdf
25. Hermann-Josef Tenhagen: Warum Beamte auch in die gesetzliche Rente einzahlen müssten, DER SPIEGEL, 27.06.2026
https://www.spiegel.de/wirtschaft/service/rente-warum-beamte-auch-in-die-gesetzliche-rente-einzahlen-muessten-kolumne-a-8b045215-25f9-4491-b9f2-921f903d367b